

Aus dem Staate

Aus Cedar County

Aufruf zur Hilfeleistung. Hartington, Neb., 15. Sept.—Die Leser dieser Zeitung auch in Cedar County werden schon erfahren haben, daß die Deutschen von Omaha, Lincoln, Grand Island und anderen Städten dieses Staates bereits eifrig dabei sind, Gelder zu sammeln zur Hilfeleistung der durch den Krieg so hart betroffenen Leute, ganz besonders der ärmeren Klasse in Deutschland und Deutsch-Oesterreich, und ist bereits von Omaha aus eine Frachtwagonladung kondensierter Milch nach dort abgehandelt worden, damit wenigstens den Kindern Nahrung verschafft werden kann und dieselben dem Leben erhalten bleiben, denn viele sind dem Verhungern nahe. Mit wenigen rühmlichen Ausnahmen haben die Deutschen Cedar Countys bisher noch nichts getan für dieses Volk der Vardenzigkeit und ärztlichen Nächstenliebe, die jedem Deutschen dieses Landes nahe am Herzen liegen sollte. Der Unterzeichnete erlöst deshalb diesen Aufruf an alle Deutschen dieses Countys zur Beteiligung an diesem edlen Werk und fordert hiermit die Herren Priester und Pastoren auf, entweder die Sammlung von Geldern in ihrer resp. Gemeinde selbst in die Hand zu nehmen, oder etliche gute Mitglieder aus ihrer Gemeinde zu bewegen, dies zu tun. Keiner der Herren sollte zurückziehen oder sich weigern, diesen Liebesdienst zu tun, mösist Gottes Lohn in Aussicht steht. Der Unterzeichnete ist auch erdötig, Gelder zur Hilfeleistung entgegen zu nehmen und an den Schatzmeister der Hilfs-Gesellschaft in Omaha zu übermitteln. In der Hoffnung, daß dieser Aufruf nicht unbeachtet bleibt und die Deutschen von Cedar County ebenfalls sich an dem noblen Werk energisch be-

teiligen, zeichnet in aller Hochachtung Carl Weiss, fclcher Herausgeber des Wächter.

Die Columbusritter hatten in der am Dienstag abend letzter Woche abgehaltenen Versammlung auch die Wahl der Beamten für nächsten Termin. Zu solchen wurden folgende Mitglieder erwählt: A. K. Kammer, Grand Knight; Chas. Göt, Deputy Grand Knight; W. C. Serbert, Korr. Sekretär; Clement Keane, Finanzsekretär; S. D. Spork, Kreuze für 3 Jahre; F. G. Bröning, Warden; A. J. Kammer, Advocate; Jos. Oberl, Zuzere Wache, und Henry Wiene, Mann, Wechere Wache. Auch wurden Weileidbeschlüsse angenommen anlässlich des am 15. August erfolgten Todes des Mitgliedes und herborragenden Apothekers F. G. Wele. Frau J. D. Stone, Gattin des Herausgebers des Hartington Herald, hat die Nachricht erhalten, daß ihre betagte Mutter am vorletzten Sonntag infolge Lähmung wegen Arterienverkürzung in St. Paul, Minn., aus dem Leben geschieden ist im Alter von über 70 Jahren. Frau Stone ist dorthin gereist, um dem Begräbnis beizumohnen.

Die Familien Eby und nächsten Verwandten haben am vorigen Sonntag auf dem Hofgrunde eine jährliche Zusammenkunft gehabt, bei der nur ein Bruder namens Andrew, der in Muskogee, Okla., wohnt, fehlte. Selbst R. R. (Dad), der langjährige Janitor des Courthauses und der schon seit längerer Zeit krank ist, war zugegen, obgleich er mit einem Auto hingebracht werden mußte, und freude sich mit allen andern. Im Ganzen waren nahezu hundert Personen anwesend, die sich alle gut unterhielten und wobei auch ein gemeinsames Mahl eingenommen wurde.

Von gewissen Personen von Jan. ton und auch von Cedar County wird der Erbauung einer Brücke über der Missouri reges Interesse entgegen gebracht und in den Zeitungen auf beiden Seiten erscheinen große Anzeigen, um dadurch das Interesse der Farmer zu wecken und deren Geld zu erlangen für Aktien behufs A. freitung der Kosten für den Bau, die auf \$1,300,000 veranschlagt werden, wovon bereits \$500,000 gezeichnet sein sollen.

Die von der Hartington Auto & Truck Co. (Wm Waldschmidt und dessen Schwager) errichtete Auto-Garage ist nun vollendet und dient bereits ihrem Zweck. Vor dem Gebäude ist ein moderner Gasfüllapparat angebracht, der automatisch arbeitet und nun auch viel benutzt wird. Die Autoreifen werden mit einer elektrisch betriebenen Maschine gefüllt und sobald die erforderlichen Maschinen und Handwerkszeuge eintreffen wird ein erfahrener Mann auch die Reparaturen ausführen.

Letzten Dienstag ging ein schöner Regen in Hartington und Umgegend

nieder, der nicht nur den Staub aus fröhlicher und bergnügter Nachmittags hat in die Nacht, mit allerhand Erfrischungen etc. etc., was die Folge des lustigen Unternehmens.

Richard Lips von Denver, Sekretär des schweizerischen Konsulates in Denver, Colo., befindet sich auf einem Ferienbesuch von einer Woche hier bei seinen Brüdern Rudolf und Fred Lips. Carl Kramer war am Freitag in Omaha und hörte sich die Rede von Senator Borah an über die Liga der Nationen.

Herr und Frau Bill Fontein von Minneapolis kehrten am Freitag dahin zurück nach einem mehrtägigen Besuch bei den Eltern von Frau Fontein, während Herr Fontein eine Geschäftsreise nach Woonsocket machte und dann auf der Heimreise seine Gattin hier abholte.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 16. Sept. (Special-Korrespondenz).—Zu sehr scharfen Kritiken und zu einer einschneidenden Gesetzesvorlage haben die Unionisierung der Polizei der Bundeshauptstadt und ihr geplanter Anschluß an die „American Federation of Labor“ Anlaß gegeben. Die im Senat gehaltenen Reden gewannen infolge der erfahrenden Begleiterscheinungen des Streiks der Postener Polizeijunion eine nationale Bedeutung. Sobald die Klauröcke der Bohnenstadt ihre Union-Annäherung feiern lassen, waren Einbruch, Raub und Diebstahl an der Tagesordnung, das zum Schutze der Einwohner aufgeborene Militär mußte von der Waffe Gebrauch machen, und Tote und Verletzte waren die Folge. In Cleveland, Ohio, schritten kürzlich die mit den Streikern sympathisierenden Polizisten nicht gegen Kubeförder ein und verhielten sich völlig passiv allen Gewalttaten gegenüber. Die unionisierte Feuerwehre einer anderen Großstadt debattierte allen Ernstes darüber, ob sie im Falle eines Streiks Alarm heantworten und ob sie Brände in Anwesen von Leuten bekämpfen sollte, die Nicht-Union-Arbeiter beschäftigen. Das konservative Element war jedoch dagegen, weil eine derartige Haltung naturgemäß zum Ruin der Union führen müßte, und drang mit seinen Ansichten durch. Bekanntlich hat auch die kürzlich in Chicago abgehaltene „National Convention of Postal Employees“, nachdem sie in noch nicht dagesessener Weise den General-Postmeister Burleson beurteilt hatte, einen Streik für den 1. Oktober angedroht, sollten ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

Als die Kommissäre des Distrikts Columbia die Polizisten, welche sich der Union angeschlossen und sich mit der „American Federation of Labor“ affiliert hatten, mit Entlassung bedrohten, wandten letztere sich an die Gerichte und erhielten von dem Distrikt—Supreme Court—Nichter Ashley R. Could einen temporären Einhaltsbefehl gegen die ersteren. Der Präsident hat darauf hin den Kommissären angeblickt die Weisung gegeben, sie müßten weitere Maßnahmen erst dann treffen, wenn die für den 5. Oktober nach Washington einberufene Konferenz von Industrie, Farm und Arbeit vorüber ist. Sie hat übrigens den Beifall des Kongresses gefunden. Der Washingtoner Polizei-Superintendent Bullman ist am Mittwoch von einer „Reisenreise“ zurückgekehrt; er soll sie benutzt haben, um die durch den Polizeistreik in Boston geschaffene Situation zu studieren.

Die Stimmung im Senat, der am schärfsten Williams von Mississippi, Thomas von Colorado, Sherman von Illinois und Myers von Montana Ausdruck gaben, ist entschieden gegen jede Unionisierung von Bundes-, Staats- und Stadt-Beamten, namentlich aber der Polizei. Senator Thomas erklärte in Washington hätte der Kongreß das Best in den Händen. Er drange sich um richterliche Entscheidungen nicht zu kümmern, sondern einfach beschließen, seine Bewilligung zu machen. Er bezeichnete jedoch, ob angeht der Präsidentenwahl im nächsten Jahre der Kongreß den moralischen Mut haben werde, etwas gegen den Willen der mächtigen „American Federation of Labor“ zu tun, denn Demokraten sowohl wie Republikaner arbeiten mit allen Mitteln jetzt schon auf einen Sieg hin. Patriotismus und nicht Partei-Interesse sollte in diesem Falle ausschlaggebend sein; Demokraten können auch unter einer republikanischen Administration gedeihen, wenn sie fähig, gewissenhaft, patriotisch und kouragiert ist, und unangeht.

Senator Owen von Oklahoma teilte mit, Samuel Gompers, der Präsident der „American Federation of Labor“, habe den Kommissären des Distrikts Columbia erklärt, den Polizisten blicke nur eine Alternar-

ve. Entweder müßte sich ihre Union seiner Vereinigung anschließen, oder den radikalen und unmissverständlich gefassten „International Workers of the World“. Und so kam es, daß auch im Senat die „American Federation of Labor“, die bisher stets mit größter Liebenswürdigkeit behandelt wurde, wegen ihrer Haltung in der Polizeienfrage sehr scharf kritisiert worden ist. Im Hause ist das nichts Neues. Repräsentant Thomas Lindsay Stanton von Texas hat dafür gerort. Er ist wiederholt gegen die „American Federation of Labor“ Sturm gelaufen und hat sie für eine Gefahr für das Land erklärt. Beim Konvent seiner Vereinigung in Atlantic City rüchte sich Gompers für diese Angriffe dadurch, daß er von Stanton als „he blattige Blanton“ sprach, dem blödsinnigen Blanton.

Senator Henry Lee Myers von Montana hat den Antrag gestellt, daß keinen Polizeibeamten der Bundeshauptstadt Geld aus Bundesmitteln ausbezahlt werden sollte, wenn er zu irgend einer Vereinigung von Polizisten gehöre, die direkt oder indirekt mit irgend einer Arbeiter-Organisation oder mit irgend einer Arbeiter-Körperschaft in Verbindung steht. Polizisten dürfen keine Autorität anerkennen, als die der Regierung, welcher sie dienen, weil ihnen die Erhaltung des bürgerlichen Friedens und die Durchführung der Gesetze anvertraut sind. Er sieht in dem Anschluß von Polizisten an eine Arbeiter-Organisation eine Gefahr für amerikanische Freiheit und amerikanische Institutionen. Polizeibeamte müßten das Gesetz in gleicher Weise allen gegenüber durchführen und dürften nicht mit einer Klasse von Bürgern mehr sympathisieren wie mit einer anderen. Sie werden auf Kosten aller Steuerzahler befohlen und müssen deshalb dafür sorgen, daß sie allen in gleicher Weise dienen können. Organisierte Arbeit dürfe nicht eine Waffe in der Hand haben, welche eine gerechte, unparteiische und vorurteilsfreie Durchführung des Gesetzes einer Klasse gegenüber unmöglich machen würde. Er fuhr dann wie folgt fort:

„Ich glaube, daß unser Land fürmischen Zeiten entgegensteht. Ich glaube, daß eine Krise es erwartet, welche ebenso schwer ist, wie irgend eine während der Dauer des Krieges mit Deutschland. Ich glaube, daß ein mohlurchdachter Plan in gewissen

Seiten angereißelt kamen. Ein überaus fröhlicher und bergnügter Nachmittag hat in die Nacht, mit allerhand Erfrischungen etc. etc., was die Folge des lustigen Unternehmens.

Richard Lips von Denver, Sekretär des schweizerischen Konsulates in Denver, Colo., befindet sich auf einem Ferienbesuch von einer Woche hier bei seinen Brüdern Rudolf und Fred Lips. Carl Kramer war am Freitag in Omaha und hörte sich die Rede von Senator Borah an über die Liga der Nationen.

Herr und Frau Bill Fontein von Minneapolis kehrten am Freitag dahin zurück nach einem mehrtägigen Besuch bei den Eltern von Frau Fontein, während Herr Fontein eine Geschäftsreise nach Woonsocket machte und dann auf der Heimreise seine Gattin hier abholte.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 16. Sept. (Special-Korrespondenz).—Zu sehr scharfen Kritiken und zu einer einschneidenden Gesetzesvorlage haben die Unionisierung der Polizei der Bundeshauptstadt und ihr geplanter Anschluß an die „American Federation of Labor“ Anlaß gegeben. Die im Senat gehaltenen Reden gewannen infolge der erfahrenden Begleiterscheinungen des Streiks der Postener Polizeijunion eine nationale Bedeutung. Sobald die Klauröcke der Bohnenstadt ihre Union-Annäherung feiern lassen, waren Einbruch, Raub und Diebstahl an der Tagesordnung, das zum Schutze der Einwohner aufgeborene Militär mußte von der Waffe Gebrauch machen, und Tote und Verletzte waren die Folge. In Cleveland, Ohio, schritten kürzlich die mit den Streikern sympathisierenden Polizisten nicht gegen Kubeförder ein und verhielten sich völlig passiv allen Gewalttaten gegenüber. Die unionisierte Feuerwehre einer anderen Großstadt debattierte allen Ernstes darüber, ob sie im Falle eines Streiks Alarm heantworten und ob sie Brände in Anwesen von Leuten bekämpfen sollte, die Nicht-Union-Arbeiter beschäftigen. Das konservative Element war jedoch dagegen, weil eine derartige Haltung naturgemäß zum Ruin der Union führen müßte, und drang mit seinen Ansichten durch. Bekanntlich hat auch die kürzlich in Chicago abgehaltene „National Convention of Postal Employees“, nachdem sie in noch nicht dagesessener Weise den General-Postmeister Burleson beurteilt hatte, einen Streik für den 1. Oktober angedroht, sollten ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

Als die Kommissäre des Distrikts Columbia die Polizisten, welche sich der Union angeschlossen und sich mit der „American Federation of Labor“ affiliert hatten, mit Entlassung bedrohten, wandten letztere sich an die Gerichte und erhielten von dem Distrikt—Supreme Court—Nichter Ashley R. Could einen temporären Einhaltsbefehl gegen die ersteren. Der Präsident hat darauf hin den Kommissären angeblickt die Weisung gegeben, sie müßten weitere Maßnahmen erst dann treffen, wenn die für den 5. Oktober nach Washington einberufene Konferenz von Industrie, Farm und Arbeit vorüber ist. Sie hat übrigens den Beifall des Kongresses gefunden. Der Washingtoner Polizei-Superintendent Bullman ist am Mittwoch von einer „Reisenreise“ zurückgekehrt; er soll sie benutzt haben, um die durch den Polizeistreik in Boston geschaffene Situation zu studieren.

Die Stimmung im Senat, der am schärfsten Williams von Mississippi, Thomas von Colorado, Sherman von Illinois und Myers von Montana Ausdruck gaben, ist entschieden gegen jede Unionisierung von Bundes-, Staats- und Stadt-Beamten, namentlich aber der Polizei. Senator Thomas erklärte in Washington hätte der Kongreß das Best in den Händen. Er drange sich um richterliche Entscheidungen nicht zu kümmern, sondern einfach beschließen, seine Bewilligung zu machen. Er bezeichnete jedoch, ob angeht der Präsidentenwahl im nächsten Jahre der Kongreß den moralischen Mut haben werde, etwas gegen den Willen der mächtigen „American Federation of Labor“ zu tun, denn Demokraten sowohl wie Republikaner arbeiten mit allen Mitteln jetzt schon auf einen Sieg hin. Patriotismus und nicht Partei-Interesse sollte in diesem Falle ausschlaggebend sein; Demokraten können auch unter einer republikanischen Administration gedeihen, wenn sie fähig, gewissenhaft, patriotisch und kouragiert ist, und unangeht.

Senator Owen von Oklahoma teilte mit, Samuel Gompers, der Präsident der „American Federation of Labor“, habe den Kommissären des Distrikts Columbia erklärt, den Polizisten blicke nur eine Alternar-

ve. Entweder müßte sich ihre Union seiner Vereinigung anschließen, oder den radikalen und unmissverständlich gefassten „International Workers of the World“. Und so kam es, daß auch im Senat die „American Federation of Labor“, die bisher stets mit größter Liebenswürdigkeit behandelt wurde, wegen ihrer Haltung in der Polizeienfrage sehr scharf kritisiert worden ist. Im Hause ist das nichts Neues. Repräsentant Thomas Lindsay Stanton von Texas hat dafür gerort. Er ist wiederholt gegen die „American Federation of Labor“ Sturm gelaufen und hat sie für eine Gefahr für das Land erklärt. Beim Konvent seiner Vereinigung in Atlantic City rüchte sich Gompers für diese Angriffe dadurch, daß er von Stanton als „he blattige Blanton“ sprach, dem blödsinnigen Blanton.

Senator Henry Lee Myers von Montana hat den Antrag gestellt, daß keinen Polizeibeamten der Bundeshauptstadt Geld aus Bundesmitteln ausbezahlt werden sollte, wenn er zu irgend einer Vereinigung von Polizisten gehöre, die direkt oder indirekt mit irgend einer Arbeiter-Organisation oder mit irgend einer Arbeiter-Körperschaft in Verbindung steht. Polizisten dürfen keine Autorität anerkennen, als die der Regierung, welcher sie dienen, weil ihnen die Erhaltung des bürgerlichen Friedens und die Durchführung der Gesetze anvertraut sind. Er sieht in dem Anschluß von Polizisten an eine Arbeiter-Organisation eine Gefahr für amerikanische Freiheit und amerikanische Institutionen. Polizeibeamte müßten das Gesetz in gleicher Weise allen gegenüber durchführen und dürften nicht mit einer Klasse von Bürgern mehr sympathisieren wie mit einer anderen. Sie werden auf Kosten aller Steuerzahler befohlen und müssen deshalb dafür sorgen, daß sie allen in gleicher Weise dienen können. Organisierte Arbeit dürfe nicht eine Waffe in der Hand haben, welche eine gerechte, unparteiische und vorurteilsfreie Durchführung des Gesetzes einer Klasse gegenüber unmöglich machen würde. Er fuhr dann wie folgt fort:

„Ich glaube, daß unser Land fürmischen Zeiten entgegensteht. Ich glaube, daß eine Krise es erwartet, welche ebenso schwer ist, wie irgend eine während der Dauer des Krieges mit Deutschland. Ich glaube, daß ein mohlurchdachter Plan in gewissen

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 16. Sept. (Special-Korrespondenz).—Zu sehr scharfen Kritiken und zu einer einschneidenden Gesetzesvorlage haben die Unionisierung der Polizei der Bundeshauptstadt und ihr geplanter Anschluß an die „American Federation of Labor“ Anlaß gegeben. Die im Senat gehaltenen Reden gewannen infolge der erfahrenden Begleiterscheinungen des Streiks der Postener Polizeijunion eine nationale Bedeutung. Sobald die Klauröcke der Bohnenstadt ihre Union-Annäherung feiern lassen, waren Einbruch, Raub und Diebstahl an der Tagesordnung, das zum Schutze der Einwohner aufgeborene Militär mußte von der Waffe Gebrauch machen, und Tote und Verletzte waren die Folge. In Cleveland, Ohio, schritten kürzlich die mit den Streikern sympathisierenden Polizisten nicht gegen Kubeförder ein und verhielten sich völlig passiv allen Gewalttaten gegenüber. Die unionisierte Feuerwehre einer anderen Großstadt debattierte allen Ernstes darüber, ob sie im Falle eines Streiks Alarm heantworten und ob sie Brände in Anwesen von Leuten bekämpfen sollte, die Nicht-Union-Arbeiter beschäftigen. Das konservative Element war jedoch dagegen, weil eine derartige Haltung naturgemäß zum Ruin der Union führen müßte, und drang mit seinen Ansichten durch. Bekanntlich hat auch die kürzlich in Chicago abgehaltene „National Convention of Postal Employees“, nachdem sie in noch nicht dagesessener Weise den General-Postmeister Burleson beurteilt hatte, einen Streik für den 1. Oktober angedroht, sollten ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

Als die Kommissäre des Distrikts Columbia die Polizisten, welche sich der Union angeschlossen und sich mit der „American Federation of Labor“ affiliert hatten, mit Entlassung bedrohten, wandten letztere sich an die Gerichte und erhielten von dem Distrikt—Supreme Court—Nichter Ashley R. Could einen temporären Einhaltsbefehl gegen die ersteren. Der Präsident hat darauf hin den Kommissären angeblickt die Weisung gegeben, sie müßten weitere Maßnahmen erst dann treffen, wenn die für den 5. Oktober nach Washington einberufene Konferenz von Industrie, Farm und Arbeit vorüber ist. Sie hat übrigens den Beifall des Kongresses gefunden. Der Washingtoner Polizei-Superintendent Bullman ist am Mittwoch von einer „Reisenreise“ zurückgekehrt; er soll sie benutzt haben, um die durch den Polizeistreik in Boston geschaffene Situation zu studieren.

Die Stimmung im Senat, der am schärfsten Williams von Mississippi, Thomas von Colorado, Sherman von Illinois und Myers von Montana Ausdruck gaben, ist entschieden gegen jede Unionisierung von Bundes-, Staats- und Stadt-Beamten, namentlich aber der Polizei. Senator Thomas erklärte in Washington hätte der Kongreß das Best in den Händen. Er drange sich um richterliche Entscheidungen nicht zu kümmern, sondern einfach beschließen, seine Bewilligung zu machen. Er bezeichnete jedoch, ob angeht der Präsidentenwahl im nächsten Jahre der Kongreß den moralischen Mut haben werde, etwas gegen den Willen der mächtigen „American Federation of Labor“ zu tun, denn Demokraten sowohl wie Republikaner arbeiten mit allen Mitteln jetzt schon auf einen Sieg hin. Patriotismus und nicht Partei-Interesse sollte in diesem Falle ausschlaggebend sein; Demokraten können auch unter einer republikanischen Administration gedeihen, wenn sie fähig, gewissenhaft, patriotisch und kouragiert ist, und unangeht.

Senator Owen von Oklahoma teilte mit, Samuel Gompers, der Präsident der „American Federation of Labor“, habe den Kommissären des Distrikts Columbia erklärt, den Polizisten blicke nur eine Alternar-

ve. Entweder müßte sich ihre Union seiner Vereinigung anschließen, oder den radikalen und unmissverständlich gefassten „International Workers of the World“. Und so kam es, daß auch im Senat die „American Federation of Labor“, die bisher stets mit größter Liebenswürdigkeit behandelt wurde, wegen ihrer Haltung in der Polizeienfrage sehr scharf kritisiert worden ist. Im Hause ist das nichts Neues. Repräsentant Thomas Lindsay Stanton von Texas hat dafür gerort. Er ist wiederholt gegen die „American Federation of Labor“ Sturm gelaufen und hat sie für eine Gefahr für das Land erklärt. Beim Konvent seiner Vereinigung in Atlantic City rüchte sich Gompers für diese Angriffe dadurch, daß er von Stanton als „he blattige Blanton“ sprach, dem blödsinnigen Blanton.

Senator Henry Lee Myers von Montana hat den Antrag gestellt, daß keinen Polizeibeamten der Bundeshauptstadt Geld aus Bundesmitteln ausbezahlt werden sollte, wenn er zu irgend einer Vereinigung von Polizisten gehöre, die direkt oder indirekt mit irgend einer Arbeiter-Organisation oder mit irgend einer Arbeiter-Körperschaft in Verbindung steht. Polizisten dürfen keine Autorität anerkennen, als die der Regierung, welcher sie dienen, weil ihnen die Erhaltung des bürgerlichen Friedens und die Durchführung der Gesetze anvertraut sind. Er sieht in dem Anschluß von Polizisten an eine Arbeiter-Organisation eine Gefahr für amerikanische Freiheit und amerikanische Institutionen. Polizeibeamte müßten das Gesetz in gleicher Weise allen gegenüber durchführen und dürften nicht mit einer Klasse von Bürgern mehr sympathisieren wie mit einer anderen. Sie werden auf Kosten aller Steuerzahler befohlen und müssen deshalb dafür sorgen, daß sie allen in gleicher Weise dienen können. Organisierte Arbeit dürfe nicht eine Waffe in der Hand haben, welche eine gerechte, unparteiische und vorurteilsfreie Durchführung des Gesetzes einer Klasse gegenüber unmöglich machen würde. Er fuhr dann wie folgt fort:

„Ich glaube, daß unser Land fürmischen Zeiten entgegensteht. Ich glaube, daß eine Krise es erwartet, welche ebenso schwer ist, wie irgend eine während der Dauer des Krieges mit Deutschland. Ich glaube, daß ein mohlurchdachter Plan in gewissen

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 16. Sept. (Special-Korrespondenz).—Zu sehr scharfen Kritiken und zu einer einschneidenden Gesetzesvorlage haben die Unionisierung der Polizei der Bundeshauptstadt und ihr geplanter Anschluß an die „American Federation of Labor“ Anlaß gegeben. Die im Senat gehaltenen Reden gewannen infolge der erfahrenden Begleiterscheinungen des Streiks der Postener Polizeijunion eine nationale Bedeutung. Sobald die Klauröcke der Bohnenstadt ihre Union-Annäherung feiern lassen, waren Einbruch, Raub und Diebstahl an der Tagesordnung, das zum Schutze der Einwohner aufgeborene Militär mußte von der Waffe Gebrauch machen, und Tote und Verletzte waren die Folge. In Cleveland, Ohio, schritten kürzlich die mit den Streikern sympathisierenden Polizisten nicht gegen Kubeförder ein und verhielten sich völlig passiv allen Gewalttaten gegenüber. Die unionisierte Feuerwehre einer anderen Großstadt debattierte allen Ernstes darüber, ob sie im Falle eines Streiks Alarm heantworten und ob sie Brände in Anwesen von Leuten bekämpfen sollte, die Nicht-Union-Arbeiter beschäftigen. Das konservative Element war jedoch dagegen, weil eine derartige Haltung naturgemäß zum Ruin der Union führen müßte, und drang mit seinen Ansichten durch. Bekanntlich hat auch die kürzlich in Chicago abgehaltene „National Convention of Postal Employees“, nachdem sie in noch nicht dagesessener Weise den General-Postmeister Burleson beurteilt hatte, einen Streik für den 1. Oktober angedroht, sollten ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

Als die Kommissäre des Distrikts Columbia die Polizisten, welche sich der Union angeschlossen und sich mit der „American Federation of Labor“ affiliert hatten, mit Entlassung bedrohten, wandten letztere sich an die Gerichte und erhielten von dem Distrikt—Supreme Court—Nichter Ashley R. Could einen temporären Einhaltsbefehl gegen die ersteren. Der Präsident hat darauf hin den Kommissären angeblickt die Weisung gegeben, sie müßten weitere Maßnahmen erst dann treffen, wenn die für den 5. Oktober nach Washington einberufene Konferenz von Industrie, Farm und Arbeit vorüber ist. Sie hat übrigens den Beifall des Kongresses gefunden. Der Washingtoner Polizei-Superintendent Bullman ist am Mittwoch von einer „Reisenreise“ zurückgekehrt; er soll sie benutzt haben, um die durch den Polizeistreik in Boston geschaffene Situation zu studieren.

Die Stimmung im Senat, der am schärfsten Williams von Mississippi, Thomas von Colorado, Sherman von Illinois und Myers von Montana Ausdruck gaben, ist entschieden gegen jede Unionisierung von Bundes-, Staats- und Stadt-Beamten, namentlich aber der Polizei. Senator Thomas erklärte in Washington hätte der Kongreß das Best in den Händen. Er drange sich um richterliche Entscheidungen nicht zu kümmern, sondern einfach beschließen, seine Bewilligung zu machen. Er bezeichnete jedoch, ob angeht der Präsidentenwahl im nächsten Jahre der Kongreß den moralischen Mut haben werde, etwas gegen den Willen der mächtigen „American Federation of Labor“ zu tun, denn Demokraten sowohl wie Republikaner arbeiten mit allen Mitteln jetzt schon auf einen Sieg hin. Patriotismus und nicht Partei-Interesse sollte in diesem Falle ausschlaggebend sein; Demokraten können auch unter einer republikanischen Administration gedeihen, wenn sie fähig, gewissenhaft, patriotisch und kouragiert ist, und unangeht.

Senator Owen von Oklahoma teilte mit, Samuel Gompers, der Präsident der „American Federation of Labor“, habe den Kommissären des Distrikts Columbia erklärt, den Polizisten blicke nur eine Alternar-

Washington County

NEBRASKA FARM

zum Verkauf von Eigentümer

240 Aker, angrenzend an Fort Calhoun, Nebraska, an Washington Highway, innerhalb 16 Meilen von Omaha, Nebraska; 80 Aker ebenes Land; 160 Aker rollendes; beinahe alles neues Land. Diese Farm wird mehr Corn bringen als irgend eine andere Farm in Washington County und kann als Fruchtfarm nicht übertroffen werden. Hat laufendes Wasser an zwei Plätzen, mit einigen Aekern schweren harten Gebölz; 5-Zimmerhaus, Stall, Cornschuppe, Schweinehaus und Hinderstuppen. Beste Lage.

Diese Farm wird für eine kurze Zeit zu \$250 per Aker verkauft werden. Sie muß gesehen werden, um sie würdigen zu können. Wenn interessiert, kommen und besehen Sie dieselbe. Gute Bedingungen — Acta Tausa.

K. P. Hundahl, Eigentümer BLAIR, NEB.

Platte County Viertel Sektion

160 Acker Auf Auktion 160 Acker

Montag, den 22. September '19

Diese Farm liegt 8 Meilen südlich von Newman Grove, 7 Meilen nordöstlich von St. Edward, 2 Meilen von Salem Kirche, in einer der besten Nachbarschaften des Countys. Der Verkauf wird am Platz abgehalten und beginnt um 12 Uhr. Erfrischungen werden am Verkaufspunkte serviert.



Eine allgemeine Ansicht von den Farm-Gebäuden und dem Land

Dies ist eine der guten Viertel-Sektionen in Platte County. Es ist alles hartes Land, etwas rollend, ist aber nicht holperig.

Verbesserungen—Stall 54 bei 54; großer Mäher; Ställe für 10 Pferde; Ställe für 14 Kühe; 2 große Behälter für Getreide; Schuppen 14 bei 54 für Schmiederie; neues Schweinehaus 20 bei 52, mit Futterlar an der Seite, 14 bei 30. Ein anderer guter Schuppen für Schweine, großer Stall für Kinder mit Raum für 15 Lomen; guter Brunnen und Windmühle; gute Zisterne, mit Wasserrohren zum Haus und anderen Gebäuden; doppelte Granat 24 bei 24; dazu gehöriger Schuppen 8 bei 24; gutes Hühnerhaus; Hühnerhöhle; gutes 5-Zimmer Haus; alle Gebäude in gutem Zustand. Guter Sahn; 24 Aker Alfalfa. Die Farm ist überall eingezäunt und jede Lot ist schneidebereit eingezäunt.

Bedingungen—\$8,000 Bar am Verkaufstage. Käufer nimmt Hypothek von \$8,000, fällig am 1. März 1927 zu 5 Proz. Zinsen. Eigentümer wird zweite Hypothek von \$8,000 für fünf Jahre vom 1. März 1920 an zu 6 Prozent übernehmen. Rest fällig am 1. März 1920, wenn „Deed“ und „Abstract“ gegeben werden und der Käufer Besitz ergreifen kann.

Wegen weiterer Information telegraphieren oder telephonieren Sie dem Eigentümer oder den Auktionatoren.

W. A. CHAMBERLAIN, Besitzer NEWMAN GROVE, NEB.

San. J. Fuller, J. A. Williamson, Auktionatoren, Albion, Neb.

RIALTO A. H. Blank ... THE ... Miracle Man Während der ganzen Woche Matinee wie gewöhnlich Abendvorstellungen: 6:30, 8:00 und 9:30 Uhr.

MASSEY-HARRIS Corn-Binder. Beachten Sie diese exklusiven Eigenschaften, die allein in den Massey-Harris Corn-Bindern zu finden sind. Es gibt nur eine Zeit, Ihre Ernte zu schneiden, und wenn diese Zeit kommt, müssen Sie einen Binder haben, auf den Sie sich verlassen können — einen, der unter irgendwelchen Umständen arbeitet. Ein solcher ist der Massey-Harris. Es gibt keine „Bader“ an dem Massey-Harris. Dies verhindert das Abstoßen von Lehren. An deren Stelle werden für denselben Zweck folgende Finger benutzt. Diese verursachen keinen starken Luftzug, das Corn wird schräg geschnitten; keine Galne werden abgebrochen und Wurzel ausgezogen; das Oberteil des Binders ist für kurzes oder langes Corn verstellbar und kann diese Abstufung vom Sieg aus, während die Maschine in Bewegung ist, vorgenommen werden. Absolut kein Luftzug von der Seite; ein vollkommen balanzierter Binder und kein „Jungen-Traut“ ist notwendig. Sollte Sie Ihr Händler damit nicht versorgen können, dann schreiben Sie uns wegen des großen Massey-Harris Kataloges und wegen Preise. Wir haben ein vollständiges Lager und werden die Binder an demselben Tage, wenn Ihre Bestellung eintrifft, verschicken.—Dienst mit Promptheit. Lininger Implement Co. Omaha, Nebraska